

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 14,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Kreisbüro bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Valuta-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Breite Straße 26b.

Die abendepostale Konvaleszenz über deren Raum kostet 2,- M. einschließlich Erwerbsausgleich. Klein-Konvaleszenz: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbsausgleich. Valende Konvaleszenz laut Tarif Familien-Angehörigen und Schulen-Besuche 3,20 M., netto pro Zeile. Stroh-Besuche in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4002, 4675, 4840, 4923

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die letzten Wahlergebnisse

### Die Verteilung der Reststimmen

Aus der Berechnung der Reststimmen für die Landeswahlvorschlüge ergeben sich weitere 35 Mandate, die sich auf die Parteien wie folgt verteilen:

U. S. P. D. . . . . .	4 Sitze
S. P. D. . . . . .	4 "
K. P. D. . . . . .	4 "
Deutschnationale . . . . .	9 "
Deutsche Volkspartei . . . . .	5 "
Demokraten . . . . .	4 "
Zentrum . . . . .	3 "
Wirtschaftliche Vereinigung . . . . .	2 "

Für die U. S. P. D. wären demnach auf der Landesliste gewählt: Dr. Oskar Cohn, Berlin; Konrad Ludwig, Bogen; Marie Kunett, Berlin; Emil Kabsch, Berlin.

### Gewählte Abgeordnete der U.S.P.D.

In den Einzelwahlkreisen sind bisher folgende Abgeordnete der U. S. P. D. sicher gewählt: Berlin: Karl Leib, Theodor Liebkecht, Otto Meier, Dr. Hermann Wehl, Walder Manasse (durch Listenverbindung mit Teltow-Besow); Teltow-Besow: Klauener und Klotz; Potsdam-Niederbarnim: Richter und Elm; Frankfurt a. O.: Theodor Ulmer, Kottbus; Ostpreußen: Ferdinand Mertius; Pommern: Hilbert Kallmann; Halle-Merseburg: Kunert; Erfurt: Kleinspehn; Magdeburg: Rector Holz; Weiskalen-Süd: Karl Otter, Becherin Anna Doentrop; Düsseldorf-Ost: Rechtsanwalt Debusch und Frau Christmann, Barmen.

### Die Reichstagswahlen

Das endgültige Wahlergebnis der Reichstagswahl in Schleswig-Holstein ist folgendes: Deutschnationale 140 646, Deutsche Volkspartei 126 785, Zentrum 4582, Demokraten 64 287, Schleswig-Holsteinische Landespartei 24 251, Sozialdemokraten 242 433, Unabhängige 20 464, Kommunisten 40 733, Dänen 4681. Dazu kommen von der Hamburger Reichstagswahl im Juni 1920 als Reststimmen: Deutschnationale 9752, Deutsche Volkspartei 24 248, Demokraten 37 729, Unabhängige 24 767 Stimmen.

Es entfallen danach auf die Deutschnationalen 2 Abgeordnete, die Deutsche Volkspartei 2 Abgeordnete, die Demokraten 1 Abgeordneter, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 4 Abgeordnete.

Aus den Reichstagswahlen in Ostpreußen liegen bisher die Ergebnisse aus 41 von 43 Wahlbezirken vor. Danach haben erhalten die Deutschnationalen 277 590, die Deutsche Volkspartei 136 987, das Zentrum 87 899, die Demokraten 50 403, die Mehrheitssozialisten 214 647, die Unabhängigen 51 716, die Kommunisten 67 502, die Wirtschaftspartei 9566 und die Polen 11 622. Es entfallen also auf die Deutschnationalen 4 Sitze, auf

die Deutsche Volkspartei 2 Sitze, auf das Zentrum 1 Sitz, auf die Rechtssozialisten 3 Sitze und auf die Kommunisten 1 Sitz.

Danach hat die Unabhängige Sozialdemokratie sich zwar in Ostpreußen verhältnismäßig gut gehalten, doch ist kaum anzunehmen, daß in den restlichen zwei Wahlbezirken noch die Wahl eines Abgeordneten erforderlich mehr als 8000 Stimmen hinzukommen werden. Wenn das nicht der Fall ist, so würden sowohl die Reststimmen von der Wahl in Hamburg im Juni 1920 mit 24 767 Stimmen als auch die jetzt ausgebrachten Stimmen in Schleswig-Holstein mit 20 464 und die Stimmen aus Ostpreußen mit etwa 52 000 auf die Reichsliste der Unabhängigen Sozialdemokratie übertragen werden.

Da auf der Reichsliste von der Wahl im Juni 1920 her noch ein Rest von etwas mehr als 10 000 Stimmen vorhanden ist, so würden von dieser Liste die beiden ersten Kandidaten, die Genossen S. Kuschäuser und S. Hüttmann-Frankfurt a. M. gewählt sein.

### Wahlergebnisse aus dem Lande

#### Wahlkreis 1, Ostpreußen.

Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis (es fehlt noch ein Bezirk) sind in Ostpreußen folgende Stimmen abgegeben worden:

U. S. P. D. . . . . .	52 002
S. P. D. . . . . .	224 285
K. P. D. . . . . .	67 862
D. N. . . . . .	290 648
D. B. . . . . .	138 794
Demokraten . . . . .	51 518
Zentrum . . . . .	88 423
Polen . . . . .	12 175
Wirtschaftliche Vereinigung . . . . .	1 987

Gewählt ist als Unabhängiger Abgeordneter Genosse Mertius. Von den anderen Parteien erhalten die Deutschnationalen 7, die S. P. D. 5, die Deutsche Volkspartei 4, das Zentrum 2, die Kommunisten 1 Mandat.

#### Wahlkreis 5, Frankfurt a. d. Ober.

Im Wahlkreis V (Frankfurt a. O.) wurde folgendes Stimm-ergebnis erzielt:

U. S. P. . . . . .	47 814
S. P. D. . . . . .	242 359
K. P. D. . . . . .	21 189
D. N. . . . . .	247 353
D. B. . . . . .	89 418
Zentrum . . . . .	46 499
Demokraten . . . . .	50 588

Auf die U. S. P. D. entfällt somit ein Abgeordneter; gewählt ist der Genosse Theodor Ulmer-Kottbus. Die S. P. D. erhält 6 Mandate, die Deutschnationalen ebenfalls 6, Deutsche Volkspartei 2 Abgeordnete, Demokraten und Zentrum je 1 Abgeordnete.

Wahlkreis 15, Ost-Hannover. Es erhielten die U. S. P. D. 16 773, die D. N. 40 842, die D. B. 63 268, Deutsch-Hannoversche Partei und Zentrum 138 532, die Dem. 19 648, die S. P. D. 141 474 und die K. P. D. 16 461 Stimmen.

Wahlkreis 17, Weiskalen-Nord. U. S. P. D. 22 937, Deutschnationale 90 927 (2 Abgeordnete), Deutsche Volkspartei 91 480 (2 Abgeordnete), Zentrum 400 740 (10 Abgeordnete), Demokraten 30 091, Mehrheitssozialisten 190 211 (4 Abgeordnete), Kommunisten 48 884 (1 Sitz).

es seines Trachtens unklug wäre, die Macht und den Wert der kemalistischen Armee zu unterschätzen.

Die Konferenz tritt morgen vormittag um 11 Uhr wieder zusammen.

Die rivalitäten in der Frage der Revision des Friedensvertrages von Sèvres werden scharf beleuchtet durch folgende Ausführungen des politischen Berichterstatters des „Manchester Guardian“. Dieser schreibt: Die Orientkonferenz beginnt mit einer klaren Spaltung der Meinungen zwischen Frankreich und Italien auf der einen Seite und Großbritannien auf der anderen. Die britischen Vertreter wollen keine territorialen Änderungen des Vertrages von Sèvres. Die Franzosen und die Italiener sind anscheinend für eine Abänderung. Die britische Ansicht ist kurz gefaßt die: Der Vertrag von Sèvres ist vielleicht nicht vollkommen, er war jedoch die beste Lösung, die die Alliierten finden konnten. Sein Grundsatz ist, aus dem türkischen Reich alle nichttürkischen und insbesondere die armenischen Gebiete herauszunehmen. Die Türkei als herrschende Macht ist verschwunden. Lord George und das Foreign Office (Auswärtiges Amt) würden nicht bereit sein, darauf zurückzukommen. Es seien jedoch Änderungen an dem Vertrag möglich, die dem Stolz der Türkei schmeicheln mögen, insbesondere Änderungen, durch die die Freiheit und Unabhängigkeit der übrigen Gebieten Türkei vergrößert und ihre Bevormundung gemildert wird. Auf der anderen Seite, fährt der Berichterstatter fort, sind die Franzosen und die Italiener sehr für eine Abänderung des Vertrages, und ihren Wünschen muß größte Beachtung beigegeben werden.

## Das Drakel

Das entscheidende Merkmal der Stimmung nach den Wahlen ist, daß eigentlich keine der Parteien so recht zufrieden ist. Auf der reaktionären Rechten zeigt sich eine offensichtliche Enttäuschung, und daß die Arbeiterklasse nicht mit Befriedigung auf den Wahlausgang blicken darf, haben wir selbst sofort dargelegt. Auch der „Vorwärts“, der zwar sehr stolz den eigenen Parteienerfolg hernorhebt, gibt doch zu verstehen, daß auch er die Schwächung der Stellung der Arbeiterklasse durch den Wahlausgang nicht verkennet.

Der ruhende Pol liegt in der Mitte, etwa in der Gegend wo die bisherigen Regierungsparteien stehen. Wenn die Mandatsverteilung für die bisherigen preussischen Regierungsparteien sich nach den Ziffern der Reichstagswahlen vom Juni 1920 vollzogen hätte, so hätte die preussische Regierungskoalition gegenüber ihrem bisherigen prozentualen Mandatsbesitz in der Landesversammlung erhebliche Verluste zu bußen. Sie wäre dann genau so erschlackt, wie die vor den Reichstagswahlen im Reich bestehende Koalition, die sich aus den gleichen Parteien zusammensetzte, wie die preussische Regierung. Ein Vergleich des gegenwärtigen Wahlausfalles mit den Ziffern der Reichstagswahlen ergibt jedoch einen Gewinn für die drei Koalitionsparteien, für das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten. Die Rechtssozialisten haben gegenüber den Reichstagswahlen erheblich gewonnen, das Zentrum ist, wie immer, haßlich geblieben, und der Mandatsverlust der Demokraten ist gering. Darum wird allgemein die Hoffnung ausgesprochen, daß die alte Koalition fortleben wird.

Während das Zentrum der Frage der Regierungsbildung, die jetzt noch in vorläufig tastenden Wendungen in der Presse erörtert wird, äußerlich zunächst ganz kühl gegenübersteht, gehen die demokratischen und rechtssozialistischen Blätter bereits ausführlicher auf die Angelegenheit ein und lästern dabei manchen Schleiher. In den Reden der demokratischen Partei scheint man den Augenblick für gekommen zu halten, um den bürgerlichen Teil der Koalition zu stärken.

Trotz des Gewinnes der Rechtssozialisten gegenüber den Reichstagswahlen von 1920 dürfte die rechtssozialistische Fraktion im neuen Landtag im Verhältnis zur Zahl der Gesamtstimme die Stärke nicht erreichen, die sie in der Landesversammlung inne hatte. Die Demokraten können also damit rechnen, daß die Sozialdemokratie ihre dominierende Stellung in der preussischen Regierung einbüßt. Sie können hoffen, daß durch den Verlust sozialdemokratischer Mandate die Mehrheit für die Regierung im Parlament schwächer wird, so daß eine Verbreiterung dieser Basis gerechtfertigt erscheinen würde. Die Deutsche Volkspartei aber hat bei diesen Wahlen zweifellos eine Niederlage erlitten, und die Demokraten hoffen, daß sie ein wenig mehr und damit bündnisfähig für die Demokraten geworden seien.

Jedenfalls gehen die demokratischen Blätter deutlich zu verstehen, daß eine Erweiterung der Koalition nach rechts durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei das Ziel der demokratischen Wünsche ist. Da die Mehrheitsverhältnisse im neuen Landtag noch unklar erscheinen, offensichtlich die Möglichkeit besteht, eine Mehrheit für die alte Koalition zu erhalten, redet man weniger von den Mehrheitsverhältnissen, sondern bezieht sich auf die „Homogenität“ zwischen Reich und Preußen. Genau wie gestern bereits die „Volkzeitung“, so erklärt jetzt die „Vossische Zeitung“, daß die Frage der Umbildung der preussischen Regierung unter allen Umständen akut werden müsse. Sie strekt zugleich in der Richtung nach links einen Fächer aus, indem sie sagt, nachdem die Sozialdemokraten die preussische Ernte in den Säubern hätten, würde ihre Enthaltung gegenüber den Regierungsgeschäften im Reich wohl einem um so kräftigeren Appetit Platz machen. Das „Berliner Tageblatt“, das in der gleichen Richtung operiert, erklärt, die Lage sei zu ernst, als daß die Frage der Regierungsbildung in Preußen nach parteipolitischer Richtung entschieden werden dürfe. Das Blatt schließt seine Betrachtung mit folgendem Satz:

„Uns erscheint es notwendig, die Frage der Regierungsbildung in Preußen und im Reich, aus Gründen der inneren wie der äußeren Politik, einheitlich zu regeln und deshalb die Umbildung, soweit eine solche überhaupt geboten ist, bis nach London zu vertagen.“

Auch die Frage einer rein bürgerlichen Regierung ist aufgetaucht. Demokraten sowohl wie Zentrum winken einstweilen ab. Das kommt nicht daher, daß sie sich scheuen, ein Bündnis mit allen bürgerlichen Parteien, selbst mit den vom Antisemitismus völlig korrupten Deutschen Nationalen einzugehen. Wenn das Zentrum und die Demokraten die Deutschnationalen preisgeben, so nur darum, weil es ihnen viel bequemer ist, mit den Sozialdemokraten zu regieren und dadurch einen Teil der Arbeiterklasse mitverantwortlich zu machen für alle Handlungen der Regierung. Erwünscht wäre ihnen aber eine stärkere Beteiligung der Bürgerlichen an

## Die Londoner Konferenz

Paris, 21. Februar.

Wie der Sonderberichterstatter von Havas in London meldet, fand die erste Vollziehung der Konferenz heute nachmittag um 4 Uhr im St. James-Palast statt. Sie nahm die Erklärungen des griechischen Premierministers Katsoropoulos über die Lage in Kleinasien entgegen. Katsoropoulos führte aus, die Griechen seien mit dem Vertrage von Sèvres vollkommen einverstanden. Griechenland sei bereit, mit den Kemalisten ohne militärische Unterstützung fertigzuwerden, und bitte nur um die Erlaubnis, das notwendige Kapital im Ausland anzuschaffen.

General Gouraud unterrichtete die Konferenz über die militärische Lage in Cilizien und Kleinasien. Es folgte eine technische Erörterung.

Der Londoner Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ meldet ergänzend, daß der Generalstabchef der griechischen Truppen in Kleinasien, Oberst Sariannis, in der heutigen Konferenzsitzung nach dem griechischen Ministerpräsidenten das Wort ergriff und sich sehr optimistisch über die Lage äußerte. Er versichert, daß die griechischen Truppen binnen drei Monaten die Besetzung von Angora vollziehen könnten.

General Gouraud wies in einer Rede darauf hin, daß nach den Erfahrungen der französischen Truppen bei Antab die nationalen Truppen gut organisiert und mit Material und Munition versehen seien. In einzelnen Tagen hätten sie bis zu 2000 Granaten verschossen. Er zog die Schlusfolgerung, daß

der Regierung, und darum werben sie nach der einen Seite hin um die Deutsche Volkspartei, und nach der anderen Seite um die Rechtssozialisten. Daher das Gerede von der „Homogenität“ zwischen Reich und Preußen.

Als nach den Reichstagswahlen im Juni 1920 an die Rechtssozialisten die gleiche Frage herantrat, haben sie ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt. In der Zwischenzeit hatte es mehrfach den Anschein, als seien starke Strömungen in der rechtssozialistischen Partei vorhanden, die Neigung zeigen, den Schritt von der wohlwollenden Neutralität gegenüber der Reichsregierung zum Eintritt in die Regierung zu gehen. Es wird jetzt gezeigt, ob die Sozialdemokraten die Lage durch den Ausfall der Preußenwahlen so verändert finden, daß ihnen der Augenblick gekommen erscheint, um diesen Schritt nunmehr zu tun. Der „Vorwärts“ erklärte gestern noch, seine Partei denke nicht daran, der Reaktion und dem Nationalismus auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Von einer bestimmten Partei hat er noch nicht gesprochen, und eine konkrete Stellungnahme zu der Frage der Bildung einer Regierungskoalition hat er bisher vermieden.

Dagegen streift er in der heutigen Morgenausgabe die Fühler nach unserer Partei aus. Es bestünde, führt das Blatt aus, zwischen den Rechtssozialisten und den Unabhängigen noch eine ernste Meinungsverschiedenheit über die Frage des Zusammengehens mit Bürgerlichen. Die U. S. P. sei bisher der Meinung gewesen, eine sozialistische Partei dürfe unter keinen Umständen eine Regierung mit bürgerlichen Parteien bilden. Das sei „ein sehr schätzenswerter Grundsatz des taktischen Verhaltens“, aber man dürfe der Arbeiterklasse nicht mit offenen Augen einen Schaden zufügen, nur um ein Prinzip zu retten. Dazu sei seine Partei nicht imstande. Wäre sie es gewesen dann hätten die Bürgerlichen kampflos die preussischen Regierungsstühle besetzen können. Wir müssen gestehen, daß wir in diesen Darlegungen keine rechte Logik finden können, denn was der „Vorwärts“ hier als einen Schaden für die Arbeiterklasse darstellt, das hat keine Partei im Reich doch getan. Fort hat sie doch nach den letzten Wahlen von einer Beteiligung an der Koalition abgesehen und den Bürgerlichen die Regierungsstühle „kampflos“ überlassen.

Allerdings — und damit kommt der „Vorwärts“ auf den eigentlichen Zweck seines Artikels — sollen daran die Unabhängigen schuld gewesen sein, weil sie eine Beteiligung an einer Koalition mit Bürgerlichen abgelehnt haben. Mit wohlwollenden Worten setzt er auseinander, daß zur „Einigung“, wie das Blatt den ganzen Artikel überschreibt, zwischen den Rechtssozialisten und uns nur noch eines fehle. Und zwar folgendes:

Was zur Verständigung fehlt, das ist das offene Zugeständnis der Unabhängigen, daß sich unter gewissen zwingenden Umständen die gemeinsame Regierungsbildung mit Bürgerlichen nicht vermeiden läßt, daß sie dann gewählt werden, muß als das kleinere Übel, gegenüber dem größeren einer sonst drohenden schwärzesten Reaktionsregierung, angesehen werden. Und dieses Zugeständnis sollte den Unabhängigen um so weniger schwer fallen, als ja ihre hierarchischen Gesinnungsgenossen — genau so wie die deutschen Mehrheitssozialisten — nach ihm gehandelt haben.

Der „Vorwärts“ verliert also mit uns das gleiche Spiel, das die Demokraten mit ihren Freunden von der Deutschen Volkspartei treiben, von denen sie hoffen, daß sie sie in kürzester Zeit ungeniert „unter den Händen“ werden grüßen können. Auch die Rechtssozialisten scheinen also anzunehmen, daß wir durch den Wahlausfall müde geworden sind und daß sie jetzt nur noch nötig haben, die milde Bruderhand nach uns auszustrecken, um uns zu einer Regierungsbildung mit dem Zentrum und den Demokraten zu veranlassen.

Wir sind nicht müde geworden. Ein schlechter Wahlausgang, mit dem wir übrigens nach Lage der Dinge im vorhinein rechnen mußten, konnte uns darin nicht irre machen. Wir erblicken unsere Aufgabe auch jetzt noch darin, die Masse des deutschen Proletariats gegen die gesamte bürgerliche Reaktion und gegen alle Feinde des Sozialismus, unter welcher Maske sie immer erscheinen mögen, zu sammeln und in den Kampf zu führen. Am Tage der Wahlen haben wir geschrieben, daß wir weder vor den Wahlen um Mandate schachern, noch das uns durch die Abstimmung für

unsere Partei gegebene Vertrauen nach den Wahlen ver-schachern werden.

Dazu liegt nach unserer Ansicht auch gar kein Anlaß vor. Die Gefahr einer Regierung der „allerchwärzesten Reaktion“, wie der „Vorwärts“ sie an die Wand malt, besteht nicht. Es unterliegt nach dem Wahlergebnis keinem Zweifel, daß die alte preussische Regierungskoalition im neuen Landtag eine Mehrheit findet. Die Darlegungen des „Vorwärts“ sind also gefälscht und absolut nicht begründet in der gegenwärtigen politischen Situation. Eine Verbreiterung der Koalition im gegenwärtigen Augenblick entspricht also nur dem Wunsche und den Interessen der bürgerlichen Parteien, die die Verantwortung für ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die sie im Interesse des Kapitals vorhaben, auf die Arbeiterklasse abzuwälzen gedenken. Die Einbeziehung der Regierung in Preußen und im Reich ist nur ein Vorwand dafür, denn es ist völlig unmöglich in allen deutschen Einzelstaaten dieselben Grundsätze für die Regierungsbildung anzuwenden wie im Reich. Warum sollte für Preußen eine Ausnahme gelten? Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ist dazu absolut kein Grund gegeben.

## Ein Fühler?

Auch das Zentrum nimmt jetzt deutlicher Stellung zur Frage der Regierungsbildung, die, wie wir dargelegt haben, in Wirklichkeit gar keine Frage zu sein braucht. Auch die liberale Partei gibt zu verstehen, daß sie eine Verstärkung des bürgerlichen Elements in der Regierung wünscht. In sehr zuversichtlichem Tone schreibt die Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz:

Von einer maßgebenden Persönlichkeit wird uns berichtet, daß der Eindruck gerechtfertigt sei, daß die Mehrheitssozialdemokratie in Preußen dem Beispiel der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach den letzten Reichstagswahlen nicht folgen werde, sondern Wert darauf lege, in der Regierung zu bleiben, auch für den Fall, daß eine Erweiterung der preussischen Regierung durch die Deutsche Volkspartei, mit deren Stärkung im preussischen Landtag aller Voraussicht nach zu rechnen ist, erfolgen würde. Eine solche Erweiterung der Regierung in Preußen würde voraussichtlich zur Folge haben, daß die Sozialdemokratie auch im Reich sich der bisherigen Regierungsmehrheit, zu der sie bekanntlich bis jetzt eine wohlwollende Oppositionstellung einnahm, anschließen würde. Sollten die Preußenwahlen dieses Ergebnis haben, so würden wir von unserem Standpunkt aus es nur begrüßen können. Denn nicht nur aus innerpolitischen Gründen haben wir stets den Standpunkt vertreten, daß eine Erweiterung der Reichsregierung durch Hinzutritt der Sozialdemokratie nicht nur erwünscht, sondern erforderlich sei. Es sind im gegenwärtigen Augenblick ganz besonders auch die außerpolitischen Gründe, die uns einen Hinzutritt der Mehrheitssozialdemokratie zur Reichsregierung als unbedingt erforderlich erscheinen lassen. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in London ist eine Stärkung der Reichsregierung nach außen hin mehr als erwünscht.

Hier wird der Grund für das Liebeswerben um die Rechtssozialisten und für den Plan, die Regierungskoalition in Preußen zu verbreitern, abermals deutlich ausgesprochen. Die Vorbereitung der Koalitionsbasis in Preußen durch Hinzutritt der deutschen Volkspartei soll für die Sozialdemokraten die Brücke bilden, über die hinweg sie im Reich den gleichen Weg gehen sollen. Die reaktionäre Gesellschaft hat die Absicht, durch die Beteiligung einer Partei der Arbeiterklasse an der Reichsregierung ihr reaktionäres Gesicht demokratisch zu maskieren, damit es der Entente besser gefallen möge, und damit die Reaktion zugleich innerpolitisch ihr seit der letzten Reichstagswahl beständiges Treiben fortsetzen kann. Die ganze Geschichte läuft also letzten Endes innerpolitisch wie außenpolitisch hinaus auf einen plumpen Betrug, und wir bleiben bei unserer im Leitartikel ausgesprochenen Meinung, daß zu einer solchen Verschiebung der Koalitionsverhältnisse weder in Preußen noch im Reich ein vernünftiger Grund gegeben ist.

Im übrigen warten wir es ruhig ab, ob der zuversichtliche Ton, in dem die parteiamtliche Zentrumskorrespondenz über die Bereitschaft der Rechtssozialisten zu einer solchen Politik berichtet, in den Tatsachen gerechtfertigt ist.

## Die Oberschlesische Abstimmung

### Unangenehme Auseinandersetzungen

Der Beschluß, daß die Abstimmung in Oberschlesien für alle Wahlberechtigten gleichzeitig stattfinden soll, ist nicht ohne heftige Kämpfe innerhalb des Obersten Rates zustande gekommen. Das „Echo de Paris“ weiß darüber mitzuteilen, daß es die beiden englischen und italienischen Mitglieder der militärischen Mission von Doppel gemessen sind, die die Entscheidung zugunsten der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Volksabstimmung in Oberschlesien gegeben hätten. Durch die getrennte Abstimmung, so hätten sie erklärt, könnten die polnischen Einwohner Oberschlesiens acht Tage nach der Abstimmung der Einheimischen den ankommenden neuen Wahlberechtigten Hindernisse bereiten. Sie hätten deshalb gefordert, ob man nicht eine angesehene deutsche Gefährdung und eine polnische Gefahr schaffe, die ebenso befähigt wäre, der Gerechtigkeit Abbruch zu tun, und schließlich hätten sich ja nur 150 000 Oberschlesier, die außerhalb Oberschlesiens wohnen, zur Wahl gemeldet und nicht 350 000. Dieses Kontingent werde nichts an der Verteilung der 800 000 Stimmen der Einheimischen ändern. Diese Tatsachen hätte Briand bekämpft. Er habe erklärt, die letzte Entscheidung des Obersten Rates sei endgültig und keine Regierung dürfe sie in Frage stellen. Es sei zu einer sehr unangenehmen Auseinandersetzung gekommen, die zwei Stunden gedauert habe. Ministerpräsident Briand habe sich schließlich unterwerfen müssen.

## Militaristische Viehhabereien

Im Haushaltsausschuß und im Reichstage haben unsere Genossen Dr. Löwenstein und Lunerit entschieden gegen die Verlegung des Zentralnachweisamtes für Kriegsgütergräber und Kriegerverluste nach Spandau protestiert. Trotzdem hat der Ausschuß die im Ermahnungsset vorgezeichneten 600 000 M. für den Umzug bewilligt. Wir erheben nochmals im Interesse aller Kriegsgüter und Kriegshinterbliebenen entschiedenen Einspruch gegen diese Verlegung. Durch diese Verlegung, die mehrere Monate Zeit in Anspruch nimmt, werden die Geschäfte des Zentralnachweisamtes aufs empfindlichste gestört, was natürlich nur auf eine Schädigung der ratifizierten Kriegsgüter hinausläuft. Dabei ist eine Zentralisation der verschiedenen Dienststellen des Zentralnachweisamtes im Gebäude Dorothienstr. 48 sehr wohl möglich. Aber die Regierung hält die Konzentration der Heeresbücherei, die von niemand benutzt wird, für wichtiger, als die ungehörige Erledigung der Anfragen der Kriegsgüter. Sie wirft eher mehr als eine halbe Million Mark hinaus um militärischer Viehhabereien willen, als daß sie den dringenden Pflichten gegen die Kriegsgüter Genüge leistet.

## Wiederbeginn der Reichstagsarbeiten

Der Reichstag nimmt am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, seine Arbeiten wieder auf und wird zunächst mit der Staatsberatung (Agnes) fortzufahren. Für die dreiwöchige Arbeitsperiode bis Mitte März werden in den nächsten Tagen Arbeitspläne aufgestellt werden. Beabsichtigt ist, die schnelle Erledigung der noch ausstehenden Etatspläne und die Beratung der wichtigeren Gesetzesentwürfe, auf deren Verabschiedung die Regierung Wert legt. Die Interpellationen sollen etwas zurückgestellt werden, in jeder Woche wird nur eine beraten. Daneben soll die Geschäftsordnungsreform in Angriff genommen werden. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung und die Londoner Verpflichtungen werden den Arbeiten des Parlaments noch eine besondere Note geben.

Russisch-georgische Zwischenfälle. Das georgische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat den Vertreter der russischen Sowjet-Republik nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß nach den vorliegenden Nachrichten sich unter den an der armenischen Grenze gegen Georgien kämpfenden Truppenteilen auch Abteilungen der russischen Sowjet-Truppen im Bestande von 2 Kavallerie- und 2 Infanterieregimentern, 5 Sowjet-Infanteriebataillonen und Teilen der Sowjet-Artillerie befinden, die von russischen Offizieren geführt werden.

Keine Zurückziehung der amerikanischen Truppen. Havas meldet, daß in Paris keinerlei amtliche Bekätigung über eine etwaige Absicht der amerikanischen Regierung eingetroffen ist, die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein zurückzuziehen.

Fortdauer des Straßenbahnstreiks im Rheinland. Die Verhandlungen zwischen der Direktion und den Arbeitern der holländischen Straßenbahn haben bisher zu einem Resultat nicht geführt, so daß der Streik weitergeht.

## Ein unbekannter Schiller

Wer kennt den „Parasit“ von Schiller? Ich kannte ihn nicht. Das Neue Volkstheater hat dies Stück aus Schillers „Sämtlichen Werken“ ausgegraben, die in so vielen Bücherständen liegen, die aber nicht eben immer gelesen werden. Und das Volkstheater hat Recht daran getan, die unbekanntesten Stücke heranzuziehen. Es ist zwar kein ganz echter Schiller. Es ist ein kleines Lustspiel „aus dem Französischen“. Ich weiß nicht, von wem? Aber soviel merkt man schon, daß von dem Geist Frankreichs (vor der Revolution), von dem Geist des französischen Theaters (ein wenig Racine, ein wenig Corneille, ein wenig Molière) mehr in diesem Stückchen ist als von dem Geist Schillers. Und um die Wahrheit zu sagen: der Geist Schillers ist uns lieber, und verwandter. Auf keinen eigenen Stücken, die er aus seinem Herzen holte, liegt, obwohl sie hundert Jahre alt sind, noch kein Staub. Auf dieser Komödie, die er sich aus Frankreich holte, liegt der Staub der Altertümlichkeit. Die Volkstheater hatte also das Recht, sie auf eine altertümliche Weise zu servieren, sozusagen mit dem Staub. Wie ein Antiquitätenhändler manchmal seine alten Sachen verstaubt und verstaubt, so wie er sie findet, ausstellt. (Wobei dann freilich noch die Frage offen bleibt, ob diese Komödie auf moderne, auf unsere Art gespielt, nicht doch ganz unverstaubt und lebendig wirken würde? Und ob eine Volkstheater nicht ganz andere Aufgaben hat, als den Antiquar zu spielen?)

Immerhin: dies alte verstaubte Bild war sehr niedlich anzusehen. Vor richtigen wackligen Kulissen, wie man sie heute nur noch auf ganz kleinen Dorf Bühnen sieht, spielten die Schauspieler ihre Rollen so altmodisch, wie ihnen das möglich war, d. h. sie sagten ihre Monologe her, wie schöne Gedichte daher, riefen ihre Gefühle laut in die Luft und machten die großartigsten Gebärden dazu. Und wenn eine Stelle kam, etwa so: Seliocourt (beiseite): „Ha, was leb' ich? Aber nur Alibi gefühl! Jetzt gilt es, den entscheidenden Streich zu tun — dann trat „Seliocourt“ vorn an die Rampe und flüsterie diese Worte, so recht „beiseite“, mit vorgehaltener Hand ins Publikum. „Seliocourt“ ist die Hauptperson des Stückes, der Parasit, der Schmarotzer, der sich auf Kosten anderer, ehrlicher Leute in die Gunst eines neuen Ministers einschmeichelt, bis er sich in seinem eigenen Reize fängt, bis er, der Bösewicht, bestraft und die Tugend belohnt wird. Und dies altmodische, unmoderne Stücklein, diese altmodischen Kulissen und altmodischen Schauspielerkünste taten so gut, wenn auch auf ganz andere Weise, ihre Wirkung, wie unser modernes Theater, auf das wir so stolz sind. Halb belustigt, halb gerührt, sah man und hörte sich die tugendhaften und (in aller Bescheidenheit, natürlich) weiserbesseren Reden an. Und ich dachte mir im Stillen, was wohl unsere Artzeit nach 150 Jahren

zu unseren Stücken und zu unserer Art von Schauspielerei sagen werden?

Die Schauspieler der „Volkstheater“ machen den Eindruck von intelligenten und gebildeten Leuten. Sie spielen nicht eben sehr gut, aber immer so sympathisch, daß man ihnen nicht böse sein kann. Erich Otto scheint der begabteste, Friedrich Lohse war der Haupt- und Titelrolle nicht ganz gewachsen. Hätte z. B. Gullstorf an seiner Stelle gestanden, dies alte unbekannteste Stück wäre ein Meilen-Erfolg geworden. Ein Erfolg war es aber auch so. (Der Regisseur, Hans Brahm, sei daran erinnert, daß das Intrigant-Geschäft ein mindestens ebenso wichtiges Register aller alten Schauspielerschulen war, wie das theatralische Gedrüll. Ein bißchen mehr Geschick hätte nicht schaden.)

Hans Siemsen

Städtische Unternehmung der Volkstheater. Die Deputation für Kunst und Bildungswesen hat in der heutigen Sitzung beschlossen, dem Magistrat zu empfehlen, den Verein „Volkstheater“ durch ein Darlehen beim Umbau des kroatischen Establishments zu unterstützen. Weiter hat die Deputation beschlossen, der Kommission für das „Volkstheaterbuch“ 3000 M. zur Sammlung von Volkstheatern zu bewilligen. — Wir sprechen wohl nur den dringenden Wunsch weiter Volkstheater aus, wenn wir hoffen, daß die Volkstheater für den Bau ihres zweiten Theaters nun tatsächlich von der Stadt soweit als irgend möglich unterstützt wird.

Shaws neuestes Stück. Bernhard Shaw hat soeben ein neues Werk vollendet, das sich nach der Angabe Londoner Blätter hohe Ziele setzt. Es ist ein Drama in fünf Akten, deren jeder ein vollständig abgeschlossenes Bühnenstück bildet. Das erste dieser Stücke führt den Titel „Am Anfang“. Der Schauplatz ist der Garten von Eden nach der Vertreibung aus dem Paradies. Die zweite Abteilung spielt in der Gegenwart und führt den Titel „Das Evangelium der Brüder Barnabas“. Sie stellt den Führer einer religiösen Sekte und dessen Bruder, einen Gelehrten, die beide den Besuch eines Staatsmannes erhalten, in den Mittelpunkt der Handlung. Bei dieser Gelegenheit machte der Staatsmann den Brüdern die erstaunliche Entdeckung, daß nur die Verlängerung des menschlichen Lebens bis zu den Altersgrenzen der Menschen aus vorwissenschaftlicher Zeit unsere Zivilisation zu retten vermöge. Der dritte Teil heißt „Wie die Dinge gesehen“. Er bietet einen Ausblick auf die Zeit nach 300 Jahren, und seine handelnden Personen sind Menschen, die aus unserer Zeit stammen und demzufolge eine Lebenszeit von 300 Jahren hinter sich haben. Ihm schließt sich die Tragödie eines älteren Herrn an, die tausend Jahre später spielt. Sie entrollt die Zeit, in der die Britischen Inseln ausschließlich von Menschen bewohnt werden, die über 300 Jahre zählen, und die deshalb von der übrigen Welt

verachtet und als Orakel befragt werden. Den Schluß bildet ein Teil, der im Jahre 3120 spielt und den Titel „Someit Gedanken reichen Völkern“ führt. Das interessante Werk wird demnächst unter dem Generaltitel „Zurück zu Methusalem“ erscheinen.

Eine Volksuniversität in Italien. Anfang Februar fand im Volkstheater zu Mailand die konstituierende Versammlung der Università proletaria milanese (Proletarische Universität Mailands) statt. Noch steht nicht fest, ob sie Parteifache bleiben oder dem gesamten Proletariat dienen soll. Die „Umanita nuova“ tritt dafür ein, daß die Hörer in aktiver Arbeit an der Ausgestaltung des Bildungsinstitutes teilnehmen. Mit Recht bemerkt das Blatt, daß nicht nur die eingetragenen Genossen der proletarischen Parteien zum Proletariat gehören, sondern die große Masse der Nichtorganisierten, die darum doch nicht weniger Klaffen bemüht zu sein brauchen. Das Blatt verlangt aber auch, die Hochschule soll und dürfe nicht Parteinteressen dienstbar gemacht werden und nicht einseitige Doktrinen als Wissenschaft ausgegeben. In einer freien Schule müßten vielmehr Anhänger aller Richtungen frei über ihre Anschauungen diskutieren. Die Anarchisten dürften von einem Einfluß auf die Hochschule nicht ausgeschlossen werden.

Ein französisches Veröhnungs-Drama. Während die bürgerliche Presse immer wieder von neuem die Franzosen als eine vom Völkerverfall und Nachbegierde geblendete Nation darzustellen liebt, bringen immer wieder Beweise zu uns, die dieses Bild als Lüge enthüllen. In Prag ist jetzt „Die Gefangene“ von Charles Méré mit großem Erfolg zum ersten Male auf einer deutschen Bühne aufgeführt worden. Das Stück ist ein Tendenzdrama zu Gunsten der deutsch-französischen Veröhnung. Es ist so bezeichnend, daß die Franzosen eine solche Fülle von Intellektuellen haben, die international gesinnt sind und in ihrer Kunst eine neue Menschheitsperiode vorbereiten. (Wo sind die deutschen sozialistischen Intellektuellen!) So wie Barbuse, Anatole France, Romain Rolland hat auch Méré gerade insolge der internationalen Gesinnung seiner Werke echte Massenerfolge. Die „Gefangene“ ist im Theater St. Antoine in Paris vorines Jahr mehr als 150 Mal gespielt worden. Die Handlung des Stückes ist ganz einfach. Eine Witwe hat in erster Ehe zwei französische Söhne, in zweiter Ehe einen deutschen Sohn und eine deutsche Tochter geboren. Im Kriege fällt ein französischer Sohn, der zweite bleibt blind, der deutsche gelähmt zurück. Die deutsche Schwester heiratet trotz des Halbes, gegen den sie zu kämpfen hat, einen Franzosen. Der blinde Franzose und der lahme Deutsche werden zu Epochen der Völkerveröhnung. Der große Erfolg des Dramas in Prag und Prag läßt uns hoffen, daß wir das Stück bald in Berlin sehen werden. Wäre das nicht eine Aufgabe für das Neue Volkstheater?

Hebräisch als Amtssprache. Die Einführung des Hebräischen als eine der offiziellen Sprachen Palästinas steht fest, wie die „zionistische Korrespondenz“ mitteilt, allmählich durch. Auch der Jerusalemer Magistrat hat nunmehr begonnen, alle Veröffentlichungen, Schriftsachen usw. auch in Hebräisch drucken zu lassen.



